

KURZ

1,5 Milliarden für Forschung
 BUND Der Bund hat letztes Jahr für Forschung und Entwicklung 1,5 Milliarden Franken ausgegeben – so viele wie noch nie. Gegenüber 2006 entspricht dies einer Zunahme von 13 Prozent respektive 1/5 Millionen Franken. Das Rekordergebnis ist in erster Linie auf einen starken Anstieg der Beiträge an Dritte zurückzuführen, wie das Bundesamt für Statistik mitteilt. Die Ressortforschung des Bundes nimmt jedoch nur schwach zu. Die Beiträge an Dritte erreichten letztes Jahr 1,3 Milliarden Franken, 155 Millionen mehr als 2006, 89 Prozent (2006: 85%) der Gelder fliessen über das Staatssekretariat für Bildung und Forschung. (sda)

FDP-Frauen für Kandidatur
 BUNDESRAT Die FDP-Frauen wollen eine der ihren in den Bundesrat berufen. Für die Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin (FDP) werden sie die Fraktion mehrere Kandidatinnen vorschlagen. Eine Findungskommission wird eingesetzt.

Zuden Favoritinnen der FDP-Frauen gehören die Gerrier Nationalrätin Martine Burtschyling Graf, die Waadtländer Nationalrätin und FDP-Vizepräsidentin Isabelle Morot sowie die Tessiner Regierungsrätin Laura Sadi. (sda)

Schweiz kritisiert Iran
 TODESSTRAFE Die Schweiz fordert von Iran die Abschaffung der Todesstrafe sowie sämtlicher Körperstrafen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) verurteilt gestern die Hinrichtung von rund 20 Menschen am Wochenende. (sda)

Zweitwohnungen begrenzt
 GRANS-MONTANA Das Bundesgericht hat das Reglement von Grans-Montana VS zur Beschränkung des Zweitwohnbauans abgeurnet. Laut den Richtern in Lausanne darf verlangt werden, dass 70 Prozent von Neubauten als Hauptwohnsitz genutzt werden müssen. Das Stimmvolk der sechs Gemeinden auf dem Hochplateau von Grans-Montana hatte der Kontingenzierung des Zweitwohnbauans im März 2007 zugestimmt. Das Belegement sieht vor, dass bei Neubauten 70 Prozent der Bruttowohnfläche dauernd bewohnt oder gewerblich genutzt werden müssen. (sda)

«Nicht jeder findet eine Stelle»

Der Luzerner Sozialdirektor Ruedi Meier hält die berufliche Integration für alle für eine Illusion

In der Krise fehlen Arbeitsplätze, um alle Erwerbsfähigen einzufriedeln.

Die Städte wollen deshalb vermehrt auf die soziale Integration setzen.

INTERVIEW: BEAT BÜHLMANN

«BUND: Die Arbeitslosigkeit steigt, hochqualifizierte Personen sind kaum gefordert. Ist berufliche Integration noch möglich?

RUEDI MEIER: Sie ist sehr schwierig. Viele einfache Arbeitsplätze sind verloren gegangen. Wer Defizite aufweist, hat zunehmend schlechtere Chancen. Für sie gibt der Arbeitsmarkt wenig her.

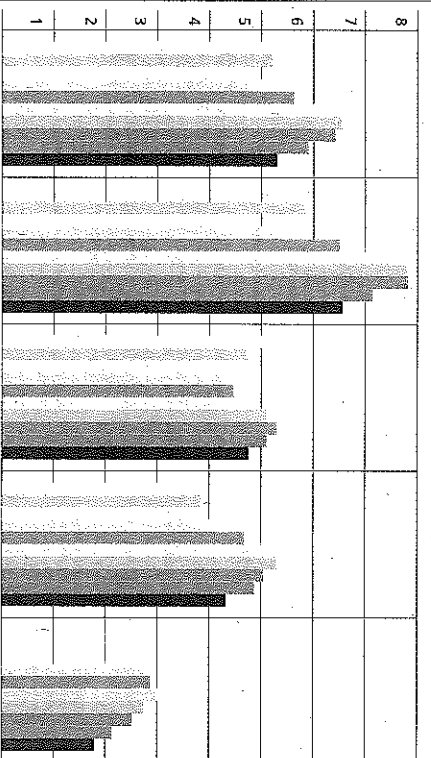
Die berufliche Integration ist gescheitert?

Nein, sie ist nicht gescheitert. Aber man darf sie nicht überfordern. Nicht jeder, der arbeiten will, findet eine Stelle. Wir können keine Arbeitsplätze herbeizaubern.

Prozession will die IV mit der Revision selber Berner wieder eingliedern. Gehlt das?

Ich bin sehr skeptisch. Das wird nur im Einzelfall gelingen. Es gibt zu wenig Arbeitsplätze für leistungsschwache Personen. Schon heute konkurrieren IV, Sozialhilfe und Arbeitslosenversicherung auf dem Arbeitsmarkt.

SOZIALHILFE FÜR UNTERNEHMEN: WACHSTUM DER ANZAHL VON ANSTELLTEN



exkl. Fremdplatzler

1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008

Quelle: Statendirektion Sozialpolitik & ETRA UNO

Wieso?

Da alle verstärkt auf berufliche Integration setzen und schlagkräftige Organisationen aufbauen, putzen sie bei den gleichen Unternehmen die Kühen. Statt Konkurrenz brauchen wir mehr Koordination, noch besser wäre allerdings eine Fusion.

Und das würde bedeuten?

Die Stadtentwickler Sozialpolitik schlägt eine gemeinsame Eingangspläne für alle Frauen und Männer vor, die Arbeit suchen. Das wäre eine Agentur für Arbeitsintegration und würde das ganze System der sozialen Sichertheit abdecken.

Fragt sich nun, ob leistungsschwache Personen überhaupt noch eine Chance haben.

Berufliche Integration für alle ist eine Illusion. So finden Personen mit psychisch-sozialen Problemen kaum noch eine Anstellung. Die Arbeitsvermittlungsinstitutionen

und anspruchsvoll. Wer nicht belastbar ist, kommt schnell aufs Arbeitslosengeld. Wir müssen deshalb die soziale Integration als eigenständiges Ziel aufwerten.

Sie fordern, die soziale statt die berufliche Integration. Ist das nicht die Kapitulation?

Wir müssen die Realitäten akzeptieren. Wer die Stelle verliert und längere Zeit arbeitslos bleibt, ist sozial gefährdet. Das zeigt sich bei der wachsenden Zahl von Langzeitarbeitslosen. Sie verströmen, sind suchtfähiger und leben oft ungesund.

Soziale Integration gilt als Kuschelsozialpolitik und ist im Massenstrahl geraten.

Sozialhilfe zu entrichten, ohne dass etwas dafür geleistet wird, unterstützt wenig akzeptiert. Doch Sozialhilfe ist nicht nur Vorbereitung für eine spätere Bewerbschance. Soziale Integration hat auch ihren Gegenwert: Sozialhilfebezügler können Kinder hüten oder zu betrogen. Die schauen. Auch das ist zu honorieren.

Wie funktioniert denn soziale Integration?

Wir bieten zum Beispiel Beschäftigungsprogramme mit festen Tätigkeitsaufgaben an oder schaffen eigene Arbeitsplätze, etwa mit dem Velo-Ordnungsdienst am Bahnhof. Oder mit dem Atelier für Frauen, die Beeren säckeln und Kräuter andauen und sie dann selber vermarkten.

Und wer kommt dafür auf?

Diese Art von Sozialhilfe ist nicht kostendeckend, doch sie wird sich volkswirtschaftlich auszahlen. Sie verhindert, dass Leute in schwierigen sozialen Verhältnissen früher oder später aussteuern. Wenn wir die Erwartungsschere nicht integrieren, werden sie verenden und irgendwann bei der Vormundenschaft landen. Das beeinträchtigt nicht nur ihre Lebensqualität. Es kommt den Staat viel teurer zu stehen.

RUEDIMEIER Der Grüne ist Luzerner Sozialdirektor und Präsident der Stadtentwickler Sozialpolitik.



Ruedi Meier

KESTNER

Düstere Aussichten für Sozialhilfe

In den Schweizer Städten waren im letzten Jahr weniger Menschen von der Sozialhilfe abhängig zum Teil gingen die Sozialhilfenquoten markant zurück. (siehe Grafik). In Uster etwa um 17 Prozent, in Winterthur um 10 und in Bern um 6 Prozent. In der Stadt Zürich ging sie um gut 1 Prozent zurück.

Doch die Aussichten sind düster. Denn die Arbeitslosigkeit wächst. Wir haben die Räte vor dem «Sturm», sagte Ernst Schoder. Let-

ter Soziale Dienste Winterthur, an der Medienorientierung der Stadtinitiativen Sozialpolitik. In Luzern, St. Gallen und Winterthur seien schon jetzt spürbar mehr Gesuche eingereicht worden. Im Herbst sei auch andernorts ein ähnliches Bild zu erwarten.

Schoder: Dann werde die Wirtschaftsstärke wohl erst richtig durchschlagen, befürchtet Ruedi

Meier, Präsident der Stadtentwickler Sozialpolitik. Eine Zunahme von 30 Prozent sei durchaus denkbar. Besonders hoch ist die Sozialhilfequote der unter 18-Jährigen, sie betrug letztes Jahr zwischen 28 und 35 Prozent. Wer als Kind Armut erlebe, trage im Erwachsenenalter ein überdurchschnittlich hohes Armutserisiko, sagte die Berner Sozialdirektorin Edith Olber. Dieser «Teufelskreis der Armut» müsse unbedingt durchbrochen werden. (juni)